

Sitzungsvorlage

Nummer: 052/2023

Bearbeiter: Herr Neubauer

TOP: 3 ö

Gemeinderat

Sitzung am 03.07.2023 öffentlich

**Personalangelegenheiten
Einführung eines ÖPNV-Zuschusses**

I. Antrag

1. Der Gemeinderat beschließt die Einführung eines ÖPNV-Zuschusses für die Beschäftigten der Gemeinde (Beamte sowie Bedienstete und Auszubildende nach TVöD-VKA jeweils ab einem Anstellungsumfang von mindestens 30 v.H.) in Höhe von **75 %** für das "49-Euro-Deutschlandticket (monatlich)" mit Wirkung zum **01.07.2023**.
2. Die Beschäftigten der Gemeinde können auswählen, ob ein Zuschuss für das "49-Euro-Deutschlandticket (monatlich)" oder eine "Dienstrad-Förderung" beantragt wird. Beide Förderungen parallel werden nicht gewährt.

II. Begründung

Um als öffentlicher (kommunaler) Arbeitgeber weiterhin am Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig zu sein, müssen zwischenzeitlich auch weitere finanzielle Angebote geschaffen werden.

Zuletzt wurde 2022 eine Dienstrad-Förderung für die Bediensteten bei der Gemeinde eingeführt – siehe Sitzungsvorlage-Nr. 095/2021. Konkret hat der Gemeinderat hier am 08.11.2021 beschlossen:

1. *Der Gemeinderat stimmt der Einführung einer Dienstrad-Förderung für die Beschäftigten nach TVöD-V sowie der Beamten der Gemeinde zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Haushaltsplanes 2022 zu.*
2. *Der Gemeinderat beschließt die Einführung der Variante 3 mit folgenden Rahmenbedingungen:*
 - 2.1. *Kauf*
Einmaliger Zuschuss zum Kauf: 50 % - max. 1.000 € je Beschäftigten/Beamten
 - 2.2. *Privat-Leasing*
Monatlicher Zuschuss zum Leasing: 50 % - max. 1.000 € je Beschäftigten/Beamten (umgerechnet auf eine Laufzeit von 36 Monaten)

Die Zuschussbindungsfrist beträgt für Kauf und Privat-Leasing jeweils 36 Monate.

Die Dienstrad-Förderung wird sehr rege in Anspruch genommen. 2022 waren es 14 Beschäftigte und 2023 bisher bereits 6 Beschäftigte (Stand: 22.06.2023). Die nächste Stufe ist nun die Einführung eines ÖPNV-Zuschusses. Viele Städte und Gemeinden bezuschussen bereits monatlich ein Firmenticket bzw. neu seit Mai 2023 das "49-Euro-Deutschlandticket". Die Landeshauptstadt Stuttgart hat im Januar 2023 beschlossen, das "49-Euro-Deutschlandticket" zu 100 % zu fördern. Das Landratsamt Esslingen sowie die Stadt Kirchheim bezuschussen dieses mit 75 %.

Die Verwaltung empfiehlt, die Einführung eines ÖPNV-Zuschusses für die Beschäftigten der Gemeinde (Beamte sowie Bedienstete und Auszubildende nach TVöD-VKA jeweils ab einem Anstellungsumfang von mindestens 30 v.H.) in Höhe von **75 %** für das "49-Euro-Deutschlandticket (monatlich)" mit Wirkung zum **01.07.2023**. Die Beschäftigten der Gemeinde sollen künftig auswählen können, ob ein Zuschuss für das "49-Euro-Deutschlandticket (monatlich)" oder eine "Dienstrad-Förderung" beantragt wird. Beide Förderungen parallel sollen nicht angeboten werden.

Die Bezuschussung des "49-Euro-Deutschlandticket" erfolgt nach § 3 Nr. 15 EStG steuerfrei.

Es wird davon ausgegangen, dass dieses Angebot zunächst nur in sehr geringem Maße angenommen wird. Der Klimaschutzmanager der Gemeinde, Herr Christ, hat im Vorfeld eine Umfrage zum Mobilitätsverhalten bei den Beschäftigten durchgeführt. Dabei zeigte sich, auch aufgrund der Wohnorte, dass mit dem ÖPNV bisher nur wenige zur Arbeit kommt. Der Schwerpunkt liegt bisher klar auf einer individuellen Mobilität (eigener PKW, zu Fuß, Fahrrad und E-Bike). Wichtig ist der Verwaltung aber auch, einen Anreiz zur Nutzung des ÖPNV zu schaffen bzw. hiermit einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

III. Kosten / Finanzierung

Bisher sind im Haushaltsplan 2023 hierfür noch keine Mittel vorgesehen. Es wird davon ausgegangen, dass 2023 maximal ein niedriger vierstelliger-Betrag benötigt werden wird. Dieser kann durch die allgemeine Deckungsreserve im Produkt 61 20 (mit 50.000 €) finanziert werden. In den Haushaltsplan 2024 werden entsprechende Mittelansätze aufgenommen werden.

Muster Berechnung:

12 Monate x 49 Euro x 75 % Zuschuss: Zuschuss pro Jahr 441 €/pro Beschäftigter

Bei beispielsweise 10 Beschäftigten bedeutet dies einen Aufwand von rd. 4.500 € pro Jahr.

IV. Klimarelevanz

Einschätzung der Auswirkungen auf den Klimaschutz:

positiv	neutral	negativ
X		

Vorlage behandelt / Vorgang			
Im	Am	TOP	Vorlage Nr.
Gemeinderat	08.11.2021	TOP 6 ö	095/2021 ö
Gemeinderat	03.07.2023	TOP 3 ö	052/2023 ö